

Inhalt

August 2005

Vorwort	2
Termine	3
Protokoll Mitgliederversammlungen 22.6. / 28.6. / 13.7.	4
Bericht von der BDK Berlin	5-7
Wahl von Sylvia Kotting-Uhl zur Bundestagskandidatin	7
Austritt von Monika Knoche	8
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Birkenhof: Fixierung auf Standort gefährdet Realisierung	8
• Ausweisung weiterer Natur- und Landschaftsschutzgebiete	9
• Bürgermeister Groh / Zoodirektorin und Krähen Stadtgarten	10
• mehr Transparenz bei kommunalen Gesellschaften	10
• Baumängel bei der neuen Friedrich-List-Schule	11
• einheitliches Erscheinungsbild Kaiserstraße	12
Aus der Landtagsfraktion:	
• Messestandort Karlsruhe darf nicht geschwächt werden	13
• Keine originären Landesmittel für Ganztagschulen?!	14
• Staab nicht als neue Kultusministerin vorgeschlagen	15

Liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem uns die einsame Entscheidung unseres Koalitionspartners kalt erwisch hat, befinden wir uns unversehens in einer ziemlich heißen Wahlkampf-Phase. Vor allem unsere GF Ute Leidig als front-office-manager bekommt das in voller Härte zu spüren und ich möchte ihr an dieser Stelle einen RIESENDANK vom ganzen KV aussprechen. Danke auch an Ladivia Röhl (Organisation) und Anke Weidlich (kreativer Input: „auf grün geht's los“-T-shirts) und alle Grünen LäuferInnen des Karlsruher Kinderlaufs.



Zum Wahlkampf: die Kommission hat bereits zweimal getagt, Joschka Fischer wird – wenn nichts dazwischen kommt - mit uns am 19.08.2005 um 19.00 Uhr den Landesauftakt machen und bevor Reinhard Bütikofer in der letzten Woche kommt, wird es weitere Veranstaltungen geben. So langsam lichten sich die Nebel und geben den Blick frei auf eine schier endlos scheinende Taskliste.

Sylvia Kotting-Uhl hat sich durch intensive Teilnahme an Versammlungen und Vorstandssitzungen schnell in ihren neuen Wahlkreis eingearbeitet und –gelebt. Wir ziehen an einem Strang und die Drähte zwischen Sinsheim, Stuttgart, Berlin und Karlsruhe laufen heiß. Es gibt viele kreative Ideen für den Wahlkampf und diese Kandidatur gibt neue Impulse für unsere politische Arbeit hier in Karlsruhe. Auch können wir einige Akzente setzen, die auf den Landtagswahlkampf mit Gisela Splett und Renate Rastätter im nächsten Jahr ausstrahlen.

Was sind die Schwerpunkte in diesem Wahlkampf, was ist anders als sonst? Ziemlich frei von Koalitionswängen können wir uns auf der politischen Bühne auf Ur-Grüne Themen konzentrieren. Es gibt viele Alleinstellungsmerkmale, mit denen wir unser Profil als ökologisch ausgerichtete, innovative und eher linke Partei herausarbeiten können. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine gerechte Solidargemeinschaft, die Ökosteuer ist plötzlich auch gut genug für die CDU, das Antidiskriminierungs-gesetz orientiert sich in seiner Deutlichkeit an der Lebensrealität vieler Menschen. Wir sind gegen die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, weil wir dies nicht als sinnvolles Mittel gegen Terrorbekämpfung halten. Global gesehen stellen wir uns den Herausforderungen. Nicht von ungefähr ist die Verantwortung unserer Zivilgesellschaft für globale Verteilungsgerechtigkeit Thema im Grünen Programm.

Was nehme ich mit nach Karlsruhe, wurde ich in einem Interview auf der BDK gefragt. Meine Antwort: keine andere Partei in Deutschland tritt so stark für basisdemokratische Grundsätze und Geschlechtergerechtigkeit ein (die fehlende Doppelspitze wird hoffentlich ein einmaliger Ausrutscher sein...), zeigt ein so hohes Verantwortungsbewusstsein für globale ökologische Prozesse und Menschenrechte und steht für eine starke soziale Ausrichtung, für Toleranz und Gerechtigkeit. Dabei mangelt es nicht an Realitätssinn. Unsere kompetenten Wirtschaftsfachfrauen und -Männer benötigen auch Nicht-Grünen einigen Respekt ab.

Wer uns vorwirft, eine Schönwetterpartei zu sein (wie kürzlich Sigmar Gabriel und die Karlsruher Jusos) oder uns gar neoliberale Ziele unterstellt (womit Monika Knoche u.a. in der Presse ihren Übertritt zur sächsischen PDS begründete) sollte sich das aktuelle Wahlprogramm anschauen. Ich würde das Ganze als eher linken Realismus mit hohem ökologischem Verantwortungsbewusstsein bezeichnen, mit Zielen und Werten die man/frau vertreten kann.

Was könnt Ihr hier vor Ort tun? Besucht unsere Veranstaltungen, meldet Euch im Grünen Büro für die Wahlkampfkommission und vor allem: wir brauchen ganz dringend noch OrdnerInnen für den Wahlkampfauftakt am 19.08.05.

Zum Schluss möchte ich mich den Aussagen einiger RednerInnen auf der BDK anschließen: Wir können Opposition, aber: wir können auch regieren. Mit dieser Einstellung und einem Plädoyer für die „Frischen Ideen“ des Grünen Programms möchte ich den Karlsruher Wahlkampf für Sylvia und für uns überschreiben.

Einen heißen Sommer wünscht Euch
Ulrike Maier

Herausgeber:	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Layout:	Johannes Honné
Druck	Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
Auflage	260 Exemplare

Gedruckt auf *Umweltpapier*
Titelbild by *Tanja Saini*

Treffen der Wahlkampfkommission: jeden zweiten Mittwoch um 20 Uhr
(nach dem tatsächlichen Datum bitte nachfragen oder unter www.gruene-karlsruhe.de nachsehen)

Ort: **Grünes Büro**, Sophienstr. 58

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat um 20 Uhr im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

Die August - MV ist am Mittwoch, 10.08.

TOP 1: **Bundestags-Wahlkampf**

TOP 2: Aktuelle politische Debatte

TOP 3: Wahl eines Vorschlags für den Aufsichtsrat der neu zu gründenden Ständehaus GmbH

Die September - MV ist unklar – bitte weitere Infos abwarten

Freitag, 19.08. um 20.00 Uhr (Einlass 19.00 Uhr)

Wahlkampf-Auftakt für Baden-Württemberg in Karlsruhe
mit Sylvia Kotting-Uhl, Uschi Eid und **Joschka Fischer**

Ort: zwischen ZKM und Brauerstraße

Es werden noch jede Menge HelferInnen / OrdnerInnen für diesen Abend gesucht – bitte im Grünen Büro melden!

Sternfahrt nach Gorleben am 4. September:

Kein europäisches Atomklo in Gorleben – keine Rolle rückwärts in der Atompolitik!

Von Lüchow, Dannenberg, Gartow und Dömitz soll auf Gorleben zugeradelt werden.

Infos bei MlammersGruene@aol.com

Viele andere Termine

... zum Wahlkampf stehen derzeit noch nicht fest. Bitte schaut gelegentlich auf die Homepage und teilweise werden wir euch auch wieder per Mail informieren – möglichst sparsam, damit wir niemanden überfluten

Protokoll der Mitgliederversammlung am 22.06.2005

Anwesend: 31 Personen, davon 28 Mitglieder

Leitung: Christian Brugger

Protokoll: Michael Borner

Top 1: Wahl der Bundestagskandidatin

Leitung: Henrik Becker. Für den Wahlkreis Karlsruhe wird Sylvia Kotting-Uhl mit 26 Stimmen von 26 Stimm-Berechtigten gewählt.



Top 2: Wahl der Delegierten (drei Plätze) zur BDK 9./10.7 in Berlin

In der MV 15.6.05 wurden bereits Renate Rastätter und Christian Brugger gewählt, zwischenzeitlich ist Renate aber wieder zurückgetreten. Somit müssen 2 Frauenplätze besetzt werden.

Es treten an: Ulrike Maier, Heike Puzicha- Martz und Veronika Krämer:

Ulrike 11, Heike 8, Veronika 5 und 2 ungültige Stimmen. Gewählt sind Ulrike und Heike.

Ersatzkandidatinnen für die Frauenplätze zur BDK Berlin: Es treten an: Ute Leidig und Veronika

Ute und Veronika jeweils 13 Stimmen. Ute verzichtet, Veronika somit 1. Ersatzkandidatin.

Ersatzkandidat Freie Plätze zur BDK Berlin: Es tritt an: Ulrich Fiedeler: Ulrich 22, Nein 1, Enthaltung 1, 2 ungültige Stimmen. Somit ist Ulrich als Ersatzkandidat gewählt.

TOP 3: Wahl der Delegierten (sechs Plätze) zur LDK in Rottweil

Gewählt wurden auf der MV am 15.6.05: Frauen: Anke Weidlich, Renate Rastätter und Ladivia Röhl. Offene: Christian Brugger, Henrik Becker und Lars Kirchberg.

Als Ersatzkandidatinnen Frauen treten an: Veronika Krämer, Bettina Lisbach und Ute Leidig. Bettina 22, Ute 18 und Veronika 11 Stimmen. Stichwahl Ute und Veronika: Ute 13 und Veronika 13 Stimmen. Ute verzichtet: Somit lautet die Reihenfolge der Ersatzkandidatinnen: Bettina, Veronika und Ute.

TOP 4: Antrag zur LDK in Rottweil

Peter Kranz-Schneider/ KV Ettligen stellt einen Antrag des KV Ludwigshafen zur Einführung von Tempo 130 auf bundesdeutschen Autobahnen vor. Tim Wirth stellt diesen Antrag für den KV Karlsruhe-Stadt. Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Top 5: Finanzantrag für eine Veranstaltung der Grünen Jugend

Wurde zurückgezogen.

Sonstiges: Ladivia wirbt für den 24-Stunden-Lauf am 9./10. Juli, für den noch Grüne LäuferInnen und SpenderInnen gesucht werden.

Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 28.06.2005

Anwesend: 24 Personen mehrerer Kreisverbände, davon 9 Mitglieder des KV Karlsruhe

Gesamt-Protokoll: Peter Krantz-Schneider (KV Ettligen) (hier als Auszug nur die Ergebnisse für KV Karlsruhe, das Gesamt-Protokoll hat 7 Seiten)

Top 1: Antrag zur BDK

"Mehr Ausbildung für junge Menschen" von Beate Müller-Gemmeke wird angenommen

Top 2: Beratung von Änderungs-Anträgen für die BDK zum Bundestags-Wahlprogramm (Änderungen sind **fett** gedruckt,

„+“ ist angenommen, „-“ ist abgelehnt)

- + Passage ersetzen: Übergang 2. zu 1. Arbeitsmarkt
- + neues Kapitel „aktive Arbeitsmarktpolitik“
- + „Ökosteuer **angemessen weiterentwickeln**“
- + **Tempo 130** als max. Geschwindigkeit
- + Gleiche Chancen für Frauen **und Männer**
- Bildung: Ausgewog. Geschlechterverhältnis
- + Einfügen Textpassage: Männer, Familiensplitting, ..
- + TäterInnen
- + Frauen ersetzen durch: **Menschen**

(diverse andere Anträge wurde wegen fortgeschrittener Zeit zurückgezogen)

Protokoll der Mitgliederversammlung am 13.07.2005

Anwesend: 15 Personen, davon 13 Mitglieder

Leitung: Michael Borner

Protokoll: Ulrike Maier

Top 1: Nachtragshaushalt für Bundestagswahlkampf

Johannes Honné stellt den Nachtrags-Haushaltsplan 2005 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2008 zur Diskussion. Mit 7 zu 6 Stimmen wird beschlossen, den Ansatz für die OB-Wahl um 5.000 EUR gegenüber dem Vorschlag zu erhöhen. Dann wurde einstimmig beschlossen:

- Einnahmen aus staatl. Mitteln 2005 +4.000 EUR, 2006 -4.400 EUR
- Personalkosten: 1.500 EUR (die Hälfte der Wahlkampf-Erhöhung) werden von 2006 auf 2005 vorgezogen
- polit. Arbeit 2005: -5.000 auf 2.000 EUR
- Wahlkampf 2005: +15.000 EUR für den Bundestagswahlkampf (aus den 5.000 für polit. Arbeit und 10.000 aus Reserven)
- somit stehen in 2006 15.000 EUR für den Landtagswahlkampf und 10.000 EUR für den OB-Wahlkampf zur Verfügung. Eine Nachverhandlung des Budgets für die OB-Wahl zu einem späteren Zeitpunkt wird nicht abgeschlossen. Die Reserven verringern sich damit gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung um 10.400 auf 49.500 EUR.

Im Zuge der Debatte wird Sylvia Kotting-Uhl von der Fraktion nach ihrem Beitrag als Bundestagsabgeordnete für den KV-Karlsruhe gefragt und gibt an, dass sie diesen mit einer Summe von mindestens 450,00 Euro monatlich, voraussichtlich in Form einer Mietbeteiligung am grünen Büro, unterstützen wird.

Top 2: Bericht von der LDK Rottweil

Sylvia Kotting-Uhl schildert, dass bei der Stimmung die Verärgerung über die SPD dominiert habe, aber auch der Wille zur Fortsetzung einer Regierungsbeteiligung sei zum Ausdruck gekommen. Insgesamt habe man den Eindruck erhalten, dass eine Scheu vor großen Veränderungen bestanden habe – dies habe sich durch die erneute Wahl der Spitzenkandidatin Uschi Eid mehr oder weniger bestätigt.

Top 3: aktuelle politische Debatte

Sylvia Kotting Uhl, Christian Brugger und Ulrike Maier berichten von der BDK (s. unten)

Top 4: Wahl eines Ersatzdelegierten für den Landesfinanzrat

Christian Brugger, der das Amt bislang innehatte, kann nicht erneut kandidieren, da er bereits für die Grüne Jugend im Finanzrat sitzt. Michael Borner stellt sich als einziger Kandidat zur Verfügung und wird einstimmig gewählt.

Top 5. Wahl eines Vorschlags für Aufsichtsrat der zu gründenden Ständehaus GmbH

Diskutiert wird die einzige Bewerbung von David Hermanns. Christian Brugger stellt einen Antrag auf Vertagung, Bettina Lisbach (Fraktion) spricht dagegen. Mit 6:6 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Vertagung abgelehnt. Mit 10:2 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bewerbung von David Hermanns abgelehnt. Ute Leidig signalisiert Interesse an diesem Posten. Bettina Lisbach und Klaus Stapf geben zu bedenken, dass das Wahrnehmen dieser Aufgabe durch Fraktionsmitglieder aus inhaltlich-sachkundigen Gründen auch gewisse Vorteile habe. Christian Brugger kündigt an, diesen Top erneut in der August-MV auf die Tagesordnung zu setzen.

Bericht von der BDK Berlin oder Ein grüner Teppich und kein Ende..

...die Berliner Entfernungen hatten es selbst auf der Strecke S-Bahnstation - Velodrom in sich, als bei schönstem Wetter am 9. und 10. Juli 2005 insgesamt 855 Delegierte aus ganz Deutschland zusammenströmten um sich zur 24. BDK zu treffen. Die Anschläge zwei Tage zuvor in London hatten für verschärfte Sicherheitsmaßnahmen gesorgt, so dass sich bereits am Eingang des unterirdisch gelegenen Stadions lange Schlangen bildeten. Sylvia Kotting-Uhl und Andreas Braun rieten uns beim Briefing, die zwei Kilo Papier – es waren ca. 800 Anträge gestellt worden – erstmal zu vergessen

und uns auf die jeweiligen Redebeiträge zu konzentrieren. Steffi Lemke erklärte anschließend den Ablauf und wies noch mal auf das Motto der BDK hin: *Frische Ideen für Arbeit und Umwelt, Gerechtigkeit und Toleranz*, mit denen wir geschlossen in den Wahlkampf ziehen sollten. Reinhard Bütikofer gedachte mit uns in einer Schweigeminute der Opfer des Anschlags vom Donnerstag.

Die Politische Debatte eröffnete Claudia Roth, die mit üblichem Temperament und bis an die Schmerzgrenze des Mikros alle Delegierten auf einen knallgrünen Wahlkampf einschwor.

Renate Künast fuhr fort mit einem Hinweis darauf, dass es den Grünen gelungen sei, mit dem Verbraucherministerium ein ganz wichtiges Ministerium in der Deutschen Politiklandschaft verankert zu haben. Sie verteilte kräftige Seiten-



hiebe auf Angela Merkel, der sie vorwarf, eine Anti-Verbraucherpolitik zu machen und sich nicht entschieden genug gegen genmanipulierte Lebensmittel einzusetzen. Auch Guido Westerwelle bekam die rote Karte, hatte er sich doch einen Tag zuvor bei der Abstimmung zum Antidiskriminierungsgesetz dezent aus dem Plenum geschlichen.

Der Gastgeber KV Pankow wartete dann mit dem ersten Knaller auf, er forderte eine Diskussion über eine Doppelspitze. Eine Diskussion darüber hatte der BuVo im Vorfeld abgelehnt, auch Katja Husen meinte, es wäre kontraproduktiv, da nur eine Bewerberin 2. Klasse herauskäme und das Ganze andere frauenpolitische Debatten überlagern würde. Die Befürworter des Antrags hatten keine Chance gegen die Kontra-Rednerinnen Bärbel Höhn, Claudia Roth und Renate Künast, die sich vehement gegen die Doppelspitze verwahrten. Hauptbegründung: um Joschka Fischer herum gebe es bereits ein Führungsteam und potentielle Kandidatinnen würden bereits auf Spitzenpositionen der Länder in den Wahlkampf ziehen. Kommentar in der FAZ am nächsten Tag: die Grünen geben sich bescheiden, vor allem die Frauen...

„Frontman“ Joschka Fischer nutzte seinen Auftritt, um jeglichen Terror aufs schärfste zu verurteilen und brandmarkte ihn als totalitäre Herausforderung. Die zivilen Gesellschaften seien hier in der Verantwortung, ihren Beitrag zu globaler Gerechtigkeit zu leisten. Auch die Türkei, deren Beitritt der innenpolitischen Stimmungsmache von CDU/CSU geopfert werde, würde durch den EU-Zugang größere Chancen haben, demokratische Strukturen weiter zu entwickeln. Selbstkritik dürften wir insofern üben, als dass Hartz IV für viele Menschen tatsächlich Altersarmut bedeute, hier gelte es zu korrigieren. Die Forderung müsse lauten: besserer Zugang zu Arbeit und Bildung für alle, nicht nur für die, die von Hause aus begünstigt sind. Eine solida-

rische Gesellschaft ließe sich nur mit der Bürgerversicherung verwirklichen. Der FDP erteilte er mit ihren neoliberalen kalten Modernisierungsbestrebungen eine klare Absage. Auch die neuen Linksparteien mit Oskar Lafontaine an der Spitze, seien keine gute Entwicklung. Wir sollten lieber die SPD-Leute, willkommen heißen.

Er wolle mit uns einen kurzen, harten Wahlkampf führen, in dem noch Luft sei. Erst am Abend des 18. September werde sich zeigen, ob wir das Land auch weiterhin in eine gerechte, solidarische und friedenspolitische Erneuerung führen dürften.

Es folgen die Beschlüsse:

Neue Arbeit-Arbeit schaffen mit Zukunft: die wichtigsten Anträge: eigenständige Existenzsicherung von Männern und Frauen anstelle Versorgung durch Partner oder Familie (abgelehnt), Überprüfung der Regelsätze von ALG II und Sozialhilfe auf Grundlage der Verbraucherstichprobe anstelle einer regelmäßigen Anpassung der Regelsätze (abgelehnt), Einführung von Mindestlöhnen anstelle von Reduzierung der Lohnnebenkosten in den unteren Einkommensbereichen (abgelehnt) oder die Verkürzung von Arbeitszeit (abgelehnt), Vorschlag der grünen Jugend (Gerhard Schick u.a.): moderate Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (angenommen). Hart gerungen wurde um die Erhöhung der Mehrwertsteuer, mit der Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch ein Antrag auf Streichung der Substanzbesteuerung (Pacht- und Mieteinnahmen) von Unternehmen wurde abgelehnt, die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 43% auf 45% hingegen angenommen.

Ökologisch Fahrt gewinnen – Mehr Grün für Umwelt und Verbraucher

Hier kam nur ein Antrag (KV Hagen) zur Abstimmung, der sich auf Raubkopierschutz bezog: gestrichen werden sollte, dass Tauschbörsen ein Teil der Jugendkultur seien – der Antrag wurde abgelehnt.

Die Bildungsrevolution beginnen – Zukunftschancen für alle

Hier gab es einen Antrag vom KV Erlangen-Stadt, der dafür plädierte, Transferleistungen wie BAFög, Kindergeld und Kinderfreibeträge in eine Ausbildungskasse fließen zu lassen, die von Studierenden mit überdurchschnittlichem Einkommen refinanziert wird. Der Antrag wurde abgelehnt.



Vorfahrt für Kinder – Kinder achten und fördern

Renate Künast plädierte für die Einführung einer Kinderkarte. Ein gleich lautender Antrag von Ines Brock (RV Halle-Saalekreis) wurde abgelehnt. Begründung: davon würden Kinder, die in bildungsfernen Schichten aufwachsen nicht profitieren, denn man erreiche sie nur über die Eltern.

Gleiche Chancen-Gleiche Rechte – Selbstbestimmung für Frauen

Katja Husen machte deutlich, wie wichtig die Entkoppelung einer Arbeitsförderung vom Bezug des ALG II für Frauen sei. Man dürfe sie nicht wegen eines zu hohen Partnereinkommens von Fördermaßnahmen ausschließen. Um zu verhindern, dass Frauen während der Baby-pause aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, favorisiert sie die Zahlung eines lohnabhängigen Elterngeldes, das für junge Väter einen echten Anreiz darstellt, zu Hause zu bleiben. Theresia Schopper entgegnete, dass dieses nur die besser verdienenden erreichen würde und dass, so lange nichts an den Rahmenbedingungen (fehlende KiTas) geändert werde, keine positiven Impulse davon ausgingen. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt.

Pressemitteilung des Kreisverbands Karlsruhe vom 28.06.2005

GRÜNE zur Nominierung ihrer Bundestagskandidatin

Landesvorsitzende Sylvia Kotting-Uhl ist Karlsruher Bundestagskandidatin

Die Karlsruher Grünen haben bei der gestrigen Nominierungsversammlung die Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg, Sylvia Kotting-Uhl als Direktkandidatin für die Bundestagswahl im Wahl-

Am nächsten Tag ging es weiter mit Offene Gesellschaft und demokratische Teilhabe – Bürgerrechte stärken

Volker Beck eröffnete die Debatte. Er verurteilte die Vorhaben der CDU und SPD einer 2-jährigen Sicherheitshaft für kriminelle Ausländer, die nicht abgeschoben werden können. Des Weiteren wollten sie, was die Verpartnerung von Lesben und Schwulen angehe „spanische“ Verhältnisse haben. Wir Grünen sollten weiterhin am Antidiskriminierungsgesetz festhalten.

Hans Christian Ströbele prangerte die Panikmache der CDU an – die in den Schlagzeilen des Tages schnelles Handeln bei der Terrorbekämpfung gefordert hatte. Einer unserer innenpolitischen Erfolge sei das Informationsfreiheitsgesetz, das den Bürgern freien Zugang zu Informationen und die Nachvollziehbarkeit behördlicher

Entscheidungen ermögliche.

Einige Redner gingen noch auf die aktuelle Bedrohung des Rechtsstaates durch Neonazis ein. Hier sollten wir auch mehr Farbe bekennen.

Zwei Anträge wurden vom KV Hagen gestellt. Sie bezogen sich auf öffentlich finanzierte kirchliche Arbeitgeber, die eine Einstellungspraxis verfolgen, bei dem es zu Diskriminierung von verschiedenen Personengruppen kommt: Die Forderung lautete, dass Benachteiligung in öffentlich finanzierten Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft uneingeschränkt zu verurteilen sei. Dies wurde durch eine Formulierung ersetzt, die die Religionsfreiheit favorisiert, einen Dialog mit den Kirchen über Geltung des Tarif- und Arbeitsrechts in kirchlichen Einrichtungen anstrebt und den Islam als gleichberechtigte Religion politisch und gesellschaftlich integrieren will.

Europa in der einen Welt

Hier gab es keine Abstimmungen.

Wahlprogramm und alle Beschlüsse unter:
www.gruene-partei.de/cms/gruene_work/rubrik/5/5032.beschluesse.htm

Ausführliche Version dieses Textes (vor allem Redebeiträge) unter www.gruene-karlsruhe.de

Ulrike Maier

kreis Karlsruhe nominiert. Alle 26 abgegebenen Stimmen entfielen auf sie. Dies zeigt ihre hohe Akzeptanz unter den Karlsruher Grünen.

„Damit hat Sylvia Kotting-Uhl zusätzlichen Rückenwind, wenn sie auf der Landesdelegierten-Konferenz zur Aufstellung der Baden-Württembergischen Landesliste am kommenden Wochenende auf einem vorderen Listenplatz kandidiert“, so Johannes Honné vom Karlsruher Kreisvorstand. „Wir wünschen uns unsere Kandidatin auf Platz 1“

In einer engagierten Bewerbungsrede machte Sylvia Kotting-Uhl klar, dass sie Lust auf den Wahlkampf habe. Sie wolle mit der grünen Kernkompetenz „Ökologie“ in den Wahlkampf ziehen. Diese gebe sowohl als Innovationsmotor – siehe Energiewende - Antworten auf die Arbeitsplatzsituation, wie auch auf „die Fragen mit dem langen Horizont“. Auch in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik werde sie sich für Veränderungen einsetzen: „Hartz IV braucht deutliche Korrekturen und in die Steuerpolitik muss mehr Ehrlichkeit.“

Pressemitteilung des Kreisverbands Karlsruhe vom 11.07.2005

GRÜNE zum Austritt von Monika Knoche

Überraschend und nur aus den Medien haben die Karlsruher Grünen am Wochenende vom Lagerwechsel ihres ehemaligen Gründungsmitglieds Monika Knoche erfahren, die mit Unterstützung des KV Karlsruhe von 1994-2002 ein Bundestagsmandat innehatte. „Bislang hat Monika Knoche es nicht für nötig befunden, dem Vorstand ihren Parteiaustritt mitzuteilen,“ so Ulrike Maier, Sprecherin der Karlsruher Grünen.

„Sie hat sich zwar in der letzten Zeit nicht unbedingt durch Basisnähe hervorgetan, aber damit haben wir nicht gerechnet: vor wenigen Wochen erst hat sie sich um die Mitarbeit in verschiedenen Gremien beworben, in einer der nächsten Mitgliederversammlungen sollte darüber entschieden werden,“ so Ulrike Maier. Welche Motive wirklich hinter dem plötzlichen Wechsel stehen, kann daher von Seiten der Karlsruher Grünen nicht so ganz nachvollzogen werden. "Die Begründung, sie könne sich nicht mehr mit den neoliberalen Positionen ihrer Partei identifizieren, zeigt einmal mehr, wie weit sie sich nicht nur von der Basis, sondern auch von den politischen Zielen der Partei entfernt hat,“ meint Ulrike Maier. "Hätte sie einen Blick in unser aktuelles Wahlprogramm geworfen, wäre ihr klar, dass der Schwerpunkt Grüner Politik auf sozialer Gerechtigkeit liegt. Von neoliberalen Tendenzen kann da nun wirklich keine Rede sein,“ ist Ulrike Maier überzeugt. "Ihre Chancen, mit Hilfe der sächsischen PDS noch einmal ein Bundestagsmandat zu erreichen sind sicher sehr groß. Ob dahinter aber eine persönlich motivierte Entscheidung oder ein politischer Gesinnungswandel steht, möchten wir nicht beurteilen“, kommentiert Ulrike Maier den Vorgang

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

weitere Infos unter: www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion

Pressemitteilung vom 28.06.2005

GRÜNE zu Birkenhof- Planern: Fixierung auf Standort gefährdet Realisierung der guten Projektidee

Die Grüne Gemeinderatsfraktion widerspricht der Auffassung der Projektplaner (die BNN berichteten am 22.06.2005), das integrierte Wohnprojekt mit Tieren könne nur am Birkenhof bei Daxlanden realisiert werden.

In einem Antrag an den Gemeinderat hatten die GRÜNEN bereits im Frühjahr gefordert, für dieses an sich wünschenswerte Projekt einen alternativen Standort zu suchen. Damit hatten

sie Erfolg. Wohl auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik aus den Reihen der Daxlander Bevölkerung, hatte der Oberbürgermeister den GRÜNEN bei der Gemeinderatssitzung im Mai zugesagt, den Standort für das Wohnprojekt zu hinterfragen. Er nähme die vorgebrachten Bedenken „sehr ernst“ und werde die Stadtverwaltung mit der Suche nach einem alternativen Standort beauftragen.

Die GRÜNEN halten den Birkenhof aufgrund seiner Lage im Tiefgestade und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Naturschutzgebiet Fritschlach für nicht geeignet, um das integrierte Wohnprojekt dort zu realisieren. Sowohl die Hochwassergefährdung als auch die Belange des Naturschutzes verbieten aus ihrer Sicht weitere Baumaßnahmen in der Fritschlach. „Anstatt hier ein Baugebiet auszuweisen, sollte das Naturschutzgebiet um die Fläche des Birkenhofes, der bisher lediglich Bestandsschutz hatte, arrondiert werden“ erläutert Bettina Lisbach die Position der GRÜNEN.

Die GRÜNEN appellieren nun an die planenden Architekten, sich nicht auf den in vielerlei Hinsicht ungeeigneten Standort Birkenhof zu fixieren. Ein solches integratives Wohnprojekt habe ohnehin nur eine Chance, wenn es auch bei der Bevölkerung auf hohe Akzeptanz stoße.

Pressemitteilung vom 29.06.2005

GRÜNE fordern Ausweisung weiterer Natur- und Landschaftsschutzgebiete

In einem Antrag an den Gemeinderat fordern die Grünen die Ausweisung weiterer Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie Naturdenkmale, wie sie im mittlerweile rechtskräftigen Landschaftsplan 2010 geplant sind.

„Mit Ausweisungsvorschlägen für 9 Naturschutzgebiete, 8 Landschaftsschutzgebiete und 15 Naturdenkmalen auf einer Gesamtfläche von knapp 1700 Hektar allein auf Karlsruher Gemarkung enthält der Landschaftsplan hier anspruchsvolle Vorgaben. Um diese Planungen bis 2010 Zug um Zug umzusetzen, muss nun schnellstens mit der Einleitung der Schutzgebietsverfahren begonnen werden“ erläutern die beiden Geoökologinnen Gisela Splett und Bettina Lisbach das Anliegen der Grünen Fraktion.

Als einige wichtige Beispiele für geplante Naturschutzgebiete führt Bettina Lisbach den „Alten Flugplatz“ in der Nordstadt, die „Neureuter Rheinaue“ und den „Alten Federbach im Kastenwörth“ bei Daxlanden an. Landschaftsschutzgebiete sollen u.a. „Im Brühl“ bei Grötzingen und auf dem Augustenberg entstehen.

Die Grünen fordern, die geplanten Schutzgebiete mit Prioritäten zu versehen und anschließend die Unterschutzstellung voran zu treiben. Dabei müssten auch die aktuellen FFH-Gebietsmeldungen für europäisch bedeutsame Lebensräume berücksichtigt werden.

Dies sei bei einer Realisierung auf dem Birkenhof-Gelände aber nicht der Fall. „Um die Verwirklichung des Projektes nicht zu gefährden, sollten die Planer mit der Stadtverwaltung konstruktiv zusammen arbeiten und sie bei der Suche nach einer Alternativfläche tatkräftig unterstützen“ kommentiert Bettina Lisbach die Aussagen der in den BNN zitierten Architekten.

Es bleibe nun abzuwarten, welche Standortalternativen von der Verwaltung vorgeschlagen und wie diese schließlich vom Gemeinderat bzw. dessen Ausschüssen bewertet würden. Die dann getroffenen Entscheidungen müssten Grundlage für alle weiteren Planungen sein. „Wir würden es sehr bedauern, wenn die Umsetzung einer so guten Idee an der Fixierung der Planer und Projektpartner auf den Standort Birkenhof scheitern würde“ heißt es abschließend in der Pressemitteilung der Grünen Fraktion.

Für Landschaftsschutzgebiete und Naturdenkmale ist die Untere Naturschutzbehörde zuständig. Hier kann die Stadt in Eigenregie Schutzgebietsverfahren vorbereiten und durchführen. Für Naturschutzgebiete ist die höhere Naturschutzbehörde zuständig. „Doch auch hier sollte die Stadt die Initiative ergreifen und mit dem Regierungspräsidium über Prioritäten und mögliche Zeitpläne reden“, fordert Bettina Lisbach. Sie möchte, dass die Naturschutzgebietsverfahren in enger Kooperation zwischen Regierungspräsidium und Stadtverwaltung abgewickelt werden.

Auch hinsichtlich der Ausweisung weiterer Naturdenkmale sieht die Grüne Fraktion Handlungsbedarf. Hohe Priorität komme dabei dem Schutz wertvoller Einzelbäume zu. Diese seien häufig Lebensstätten seltener oder geschützter Arten. Ein Beispiel ist der auf Eichen spezialisierte, wärmeliebende Heldbock. Dessen ausgedehnte Vorkommen in Karlsruhe sind innerhalb von Deutschland einzigartig und verdienen deshalb besonderen Schutz.

Die Grünen begrüßen in diesem Zusammenhang die derzeit im Auftrag des Karlsruher Umweltamtes durchgeführte Heldbockkartierung. Sie hoffen, dass sich aus den Kartierergebnissen auch Anhaltspunkte für eine notwendige Unterschutzstellung einzelner Bäume ableiten lassen und regen in ihrem Antrag an, die Kartierkriterien dementsprechend zu erweitern.

Pressemitteilung vom 05.07.2005

Bürgermeister Groh sagt nur die halbe Wahrheit

Wenn sich der Karlsruher Finanzdezernent Manfred Groh damit brüstet, die städtischen Schulden abgebaut zu haben ist dies nur die halbe Wahrheit, kritisiert die Fraktion der Grünen im Karlsruher Gemeinderat. Gleichzeitig hat Bürgermeister Groh nämlich die 2000 noch stattlichen Rücklagen von 242 Mio Euro bis auf das gesetzliche vorgeschriebene Minimum von 19 Mio Euro aufgebraucht. Diese Gelder sind zu einem großen Teil in die Neue Messe Karlsruhe und im Zusammenhang mit dem Bau des ECE-Centers verbundene Maßnahmen wie den Neubau der Friedrich-List-Schule geflossen.

Das Politikverständnis Grohs werde auch dadurch deutlich, dass parallel mit Groß- und Prestigeprojekten im Sparen-macht-Spass-Doppelhaushalt 2003/04 die freiwilligen Leistungen, mit denen hauptsächlich Soziales, Schulen, Kultur und Sport unterstützt werden, empfindlich gekürzt wurden. Erst nachdem die Gemeinderatswahlen 2004 neue Mehrheiten ermöglichten, konnte beim Doppelhaushalt 2005/06 diese Entwicklung gegen den Vorschlag von Finanzbürgermeister Groh korrigiert werden.

Aber auch für die Zukunft hinterlässt Bürgermeister Groh vermutlich tiefe Spuren, so die Grünen weiter. Die letztes Jahr veröffentlichte Ergebnisvorschau der KMK, der Groh als Aufsichtsratsvorsitzender vorsteht, mit einem Defizit von rund 14 Mio € - ca 5 Mio mehr Verluste als Plan - treibt tiefe Sorgenfalten für die Belastung künftiger städtischer Haushalte auf unsere Stirn.

Dass Oberbürgermeister Fenrich seinen Finanzbürgermeister ziehen lässt sei verständlich, meinen die Grünen, erinnern aber daran, dass der Oberbürgermeister bei den Landtagswahlen 2001 bei Bürgermeister Eidenmüller einer Doppelfunktion – bei damals noch fünf Bürgermeistern in Karlsruhe – nicht zugestimmt habe. Auch die Grünen halten eine Doppelfunktion als Landtagsabgeordneter und Bürgermeister schädlich für Karlsruhe, weil zumindest die Aufgaben eines Bürgermeisters die volle Arbeitskraft benötigen. Die Bürgermeisterstelle ist aus gutem Grund als Vollzeitstelle ausgelegt und dotiert, so die Grüne Fraktion, im Falle einer Wahl solle Bürgermeister Groh deshalb auf sein Amt verzichten.

Ein alter Konflikt: unsere Zoodirektorin und die Krähen im Stadtgarten

In der BNN-Serie „Zoogeschichten“ am 2./3. Juli 2005 war es mal wieder zu lesen: Krähen sind schwarze Räuber, gegen die, so Frau Dr. von Hegel „kaum ein Küken eine Chance“ hat. Zitiert wurde die Zoochefin auch mit der Aussage „Zum Schutz der Saatkrähe darf nun gar keine Krähenart mehr bejagt werden. Deshalb haben die Rabenkrähen so überhand genommen, dass sie andere Arten gefährden. ... Das Gesetz sollte entsprechend überarbeitet werden.“

Das Thema hat den Gemeinderat schon im Jahr 2000 beschäftigt. Damals gab es von Seiten des Amtes für Bürgerservice und Sicherheit sogar Überlegungen, eine Abschießerlaubnis für Rabenvögel im Stadtgarten zu beantragen. Begründung damals: die Rabenkrähen würden Lackschäden an geparkten Autos verursachen. Die GRÜNE Fraktion hatte damals eine Presse-

mitteilung herausgegeben, in der sie sich gegen die Abschussüberlegungen positionierte und mehr Toleranz gegenüber „wilden Tieren“ im Stadtgarten forderte.

Der jetzige Zeitungsbericht zeigt nach Ansicht von Stadträtin Splett leider, dass man aus der damaligen Debatte im Zoo nicht allzu viel gelernt hat. Denn Tatsache ist, dass sich die Rabenvögel nicht stark vermehrt und schon gar nicht „überhand genommen“ haben. Sie kommen uns wohl nur deshalb heute häufiger unter die Augen, weil sie stärker in Siedlungen präsent sind. Wissenschaftliche Studien belegen, dass andere Arten durch Rabenkrähen nicht gefährdet sind. Frau Dr. von Hegel täte also gut daran, sich auch mit heimischen Arten in positiver Weise zu befassen statt das Image der Rabenkrähen als „schwarze Räuber“ zu bedienen.

Pressemitteilung vom 12.07.2005

Grüne hoffen auf mehr Transparenz bei kommunalen Gesellschaften

Erfreut zeigen sich die Grünen darüber, dass OB Fenrich ihrem Anliegen, die Grünen-Anfrage zum EnBW-Aktienkauf in den öffentlichen Teil

der Gemeinderatssitzung am 19.Juli 2005 zu nehmen, stattgegeben hat.

„Unser Ziel ist es, wichtige Informationen und Entscheidungen, auch wenn sie kommunale Gesellschaften betreffen, möglichst öffentlich zu behandeln“, so Stadtrat **Klaus Stapf**. Dies gilt nach Auffassung der GRÜNEN für Entscheidungen von öffentlichem, kommunalem Interesse, die ohne Privatisierung im Gemeinderat oder seinen Ausschüssen getroffen worden wären.

„Nichtöffentliche Aufsichtsratssitzungen, in denen wir Stadträte bzw. Stadträtinnen als zur Verschwiegenheit verpflichtete Aufsichtsratsmitglieder teilnehmen, verhindern ja nicht, dass Informationen und Entscheidungen, die von öffentlichem Interesse sind, der Öffentlichkeit über den

Gemeinderat zugänglich gemacht werden können“, erläutert Stapf den Standpunkt seiner Fraktion.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nach Meinung der Grünen ein weitgehendes Recht auf Öffentlichkeit von kommunalen Entscheidungen, die direkt oder indirekt Lebensumfeld und –umstände betreffen, ebenso bei der Verwendung von Steuergeldern und Gebühren. In der Vergangenheit hatten die Grünen mehrfach kritisiert, dass Informationen und Entscheidungen von städtischem Interesse ‚in geheimen Aufsichtsratssitzungen verschwänden‘.

„Wir hoffen diesen neuen Weg in Zukunft öfter gehen zu können“, schließt Stapf.

Anfrage vom 13.07.2005

Baumängel bei der neuen Friedrich-List-Schule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

angesichts der Presseberichte über die gravierenden Baumängel der von ECE erstellten neuen Friedrich-List-Schule halten wir eine eingehende Information des Gemeinderats für erforderlich.

Der Bau einer Schule durch einen privaten Investor war ein für Karlsruhe neues Modell. Kritik bzw. Befürchtungen in wesentlichen Punkten wie Funktionsfähigkeit der Aufzüge, Klimatechnik und Energienutzung (vgl. u.a. unseren Antrag vom 20.11.01) usw. hatte es schon während der Beratungen in den gemeinderätlichen Gremien gegeben. Leider sind die von uns schon frühzeitig geäußerten Befürchtungen nun zum Teil noch übertroffen worden. Eine gründliche Aufarbeitung der Situation kann auch dazu dienen, nachholende Lernprozesse für solche Kooperationsprojekte in Gang zu setzen.

Wir bitten Sie deshalb um eine möglichst umgehende Unterrichtung des Gemeinderates über den derzeitigen Stand bezüglich der Baumängel und ihrer Beseitigung.

Vordringlich für uns ist dabei, dass die SchülerInnen und LehrerInnen der neuen List-Schule nicht weiter unter den massiven Mängeln zu leiden haben. Die Beeinträchtigung durch defekte Aufzüge und Lüftungen, unangepasste Raumtemperaturen, Regenwassereinbruch usw. sind nicht zumutbar.

Bezüglich unserer Bitte um zügige Unterrichtung interessieren uns vor allem folgende Fragen:

- Welche Zeithorizonte sind derzeit erwartbar für die Behebung der bekannten Mängel, v.a. defekte Aufzüge und Heizung-Klimatechnik?
- Welche Probleme gab es mit dem Amt für Gebäudewirtschaft (angesprochen in der BNN v. 13.7.05, S. 15 „Neue List-Schule sieht schon ganz schön alt aus“)?
- Wie sieht die Gewährleistungslage bezüglich der Baumängel aus?
- Ist das Herausfallen weiterer Teile der Fassade und damit eine Gefährdung von Passanten zu befürchten?
- In welchem Zustand wird sich das Gebäude bei Beginn des nächsten Schuljahres befinden?
- Welche Beeinträchtigungen von Lehre und Unterricht waren und sind derzeit für LehrerInnen und SchülerInnen zu verzeichnen?
- Welche Konsequenzen bzw. Lernprozesse legen die Baumängel für weitere Kooperationsprojekte mit privaten Trägern nahe?

Für eine baldige Auskunft sind wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gisela Splett

Dr. Hildegund Brandenburg

Rund und linear, Stahl und Holz oder: Wie die Kaiserstraße ein einheitliches Erscheinungsbild bekommen sollte

Spätestens seit dem Beschluss zum Bau von ECE war klar: die Kaiserstraße muss aufgewertet werden. Planungen dazu gibt es schon seit Jahren. Schon 2000 und 2001 hatte der Planungsausschuss sich mit der Gestalt und Nutzung des öffentlichen Raums in der Innenstadt beschäftigt. So sollten die Sondernutzungen in der Kaiserstraße so geregelt werden, dass der „Bewegungsraum für Fußgänger“ gesichert würde. Und mit Hilfe eines „Mobiliar“-Handbuchs sollte mit der Zeit eine durchgängige Gestaltung erreicht, überflüssiges Mobiliar herausgefiltert und die Typenvielfalt reduziert werden. Vorschläge und Konzepte gab es also, nur die Umsetzung ließ ganz offensichtlich auf sich warten.

Nun, kurz vor Eröffnung des ECE und mit dem zeitlichen Heranrücken der U-Strab-Planung, wurde der Druck der Einzelhändler in der Kaiserstraße größer. Der OB verkündete daraufhin eine Offensive zur Aufwertung der Innenstadt, das so genannte Gesamtkonzept Zukunftssicherung. Als eine der „Sofortmaßnahmen“ sollten in der Kaiserstraße eine ansprechende öffentliche Möblierung (Bänke, Papierkörbe, ...) installiert sowie überflüssige „Möbel“ entfernt werden.

Konkreter wurde es dann in den beiden letzten Planungsausschuss-Sitzungen. Mit der Zielsetzung, dem heterogenen Erscheinungsbild der Kaiserstraße durch eine neue Möblierung mehr Klarheit zu verschaffen, wurden dem Ausschuss verschiedene Banktypen vorgestellt. So weit, so gut, doch mit welchem Ergebnis?

Das liest sich in der Stadtzeitung vom 01.07.05 wie folgt: „Nach dem Beleuchtungskonzept für die Kaiserstraße und anderen markanten Bereichen der Innenstadt hat der Planungsausschuss am vergangenen Freitag in nichtöffentlicher Sitzung eine Empfehlung über das Aussehen der neuen Sitzmöbel in der Kaiserstraße abgegeben. In Kombination mit den neuen Lichtstelen möchte die Stadt mit diesen eine zeitgemäße Gestaltung erreichen. Rundbänke aus Chromstahl sollen künftig im Bereich der

Baumstandorte zum Verweilen einladen. Hinzu kommen Bänke, deren Sitzflächen und Rückenlehnen aus Holz sind. Für die Sitzmöbel hatte sich das Gremium unter Vorsitz von Bürgermeister Ullrich Eidenmüller nach Begutachtung mehrerer Varianten ausgesprochen.“

Aus GRÜNER Sicht ist dieser in einem recht ziellosen Abstimmungsprozedere gefasste Beschluss das denkbar schlechteste Ergebnis – schlechter (und teurer), als einfach die jetzigen Holzbänke beizubehalten.

Denn was ist von den oben genannten Zielen übrig geblieben? Weit entfernt sind wir von einem gestalterischen Gesamtkonzept. Die



Rundbänke werden in den engen Bereichen der Kaiserstraße kaum dazu beitragen, „den Bewegungsraum der Fußgänger“ zu sichern, sondern eher als Hindernisse wirken. Und die Kombination aus Chromstahl-Bänken (im Sommer heiß, im Winter kalt?) und Tropenholz(!)-Bänken trägt nicht zu einer „durchgängigen Gestaltung“ bei. Kurz:

Das heterogene Erscheinungsbild wird nicht klarer, sondern erhält noch mehr verschiedene Elemente.

Was fehlt, ist einmal mehr ein Gesamtkonzept. Statt einer Gestaltung aus einem Guss lässt man den Planungsausschuss mal über neue Lichtstelen abstimmen, dann über Bänke und beim nächsten Mal vielleicht über Papierkörbe. Andere Probleme wie z.B. das kaputte Pflaster im Schienenbereich, werden nicht angesprochen. Unklar bleibt, wie man überflüssiges Mobiliar entfernen oder zumindest in einem halbwegs ansehnlichen Zustand bringen will. Und so zeigt das Beispiel der Stahl-Rund-&Holz-Längs-Bänke, wie man trotz eigentlich richtiger Ziele und mit hohem Diskussionsaufwand zu einer schlechten Entscheidung kommen kann.

Einziger Effekt: statt die Probleme der Kaiserstraße weiterhin auf die Lange Bank zu schieben, kann man sie zukünftig auf den neuen Rundbänken kreisen lassen?!

Gisela Splett

Aus der Landtagsfraktion

Pressemitteilung von Renate Rastätter vom 22.06.2005

MdL Renate Rastätter (GRÜNE):

Der Messestandort Karlsruhe darf nicht durch den Stuttgarter Zentralismus geschwächt werden

Die Landesregierung muss diese zentralistische und kommunenfeindliche Abwerbepolitik, die im Fall Sinsheim praktiziert wurde, sofort beenden

Diese Politik verschwendet öffentliche Gelder und gefährdet die Messestandorte im Land

Die Karlsruher Landtagsabgeordnete Renate Rastätter ist empört über die dreiste Abwerbung der Messe Sinsheim nach Stuttgart. Dabei schrecke die Landesregierung sogar nicht davon zurück, öffentliche Gelder zu verschwenden. Dies zeige, dass die verfehlte Messepolitik des Landes immer verrückter werde.

Diese Abwerbung führe drastisch vor Augen, welche Wirkungen der – von den Grünen stets abgelehnte – Bau der neuen Messe Stuttgart aus öffentlichen Mitteln haben würde. Die Zuschussung des Baus von Regionalmessen, bei gleichzeitiger Subventionierung der neuen Messe Stuttgart mit rund 500 Mio € aus dem Landeshaushalt führe in den nächsten Jahren zu großen Überkapazitäten, während der mitteleuropäische Messemarkt stagniere.

„Diese zentralistische und kommunenfeindliche Abwerbepolitik, die von der Landesregierung mit Steuergeldern unterstützt wird, muss sofort beendet werden. Die Neue Messe Karlsruhe, für die es ohnehin nicht einfach ist, sich im stagnierenden Messemarkt zu behaupten, darf

Pressemitteilung der Landtagsfraktion vom 24.06.2005

Keine originären Landesmittel für Ganztagschulen!

Offenbar soll Landesprogramm für Ganztagschulen von den Kommunen selbst bezahlt werden

Wie Signale aus dem Finanzministerium gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden belegen, will die Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbaren, dass die Investitionsmittel für die leer ausgegangenen Ganztagsanträge aus dem Kommunalen Investitionsfonds (Kif) genommen werden sollen. Die Rede ist von rund 100 Mio €- Dabei sollen 50% aus den Kif-Mitteln und 50 % von den antragstellenden Kommunen bezahlt werden.

Immer noch weigern sich Ministerpräsident Oettinger und die zuständige Ministerin Schavan, die Verantwortung für das ungerechte

nicht durch eine zentralistische Landespolitik gefährdet werden.“

Die Grünen haben deshalb im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem sie Aufklärung über die Abläufe der Umzugsverhandlungen sowie eine Aufdeckung des Schadens für die öffentliche Hand verlangen. „Wir Grünen verlangen als einzige Fraktion des Landtags aber auch, dass das Land alle Subventionen der neuen Messe Stuttgart, die noch nicht durch Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt gebunden sind, sofort einstellt“, so die grüne Abgeordnete. Da die neue Messe Stuttgart die letzte Messe in Baden-Württemberg ist, die gebaut wird, ist es noch Zeit, die Reißleine zu ziehen. Wir brauchen keine neue Landesmesse die sich nur durch „Kannibalisierung“ – wie der Abgeordnete Birk, CDU, diesen Prozess treffend beschrieben hat, in der erbitterten Messekonkurrenz behaupten will. Nur durch die Beendigung der Subventionierung der Neuen Messe Stuttgart kann weiterer Schaden von den Haushalten von Land und Kommunen und damit den Steuerzahlern in Baden-Württemberg abgewendet werden.



Windhundverfahren zu übernehmen und originäre Landesmittel zum Nachteilsausgleich bereit zu stellen. „So kann man mit dem durch das Windhundverfahren benachteiligten badischen Landesteil nicht umgehen“, kritisiert die GRÜNE Abgeordnete diese Pläne. Die Stadt Karlsruhe, deren 17 Anträge in der letzten Antragsrunde nicht berücksichtigt wurden, hat einen legitimen Anspruch darauf, beim flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen nicht abgehängt zu werden.

Deshalb beharrt die bildungspolitische Sprecherin der Grünen weiterhin auf einem originären

Landes-IZBB. Es ist ohne weiteres möglich, die erforderlichen Mittel aus Erlösen der Landesstiftung (Erwin IV) umzuschichten. „Nötig ist nur der

politische Wille, der bei Oettinger und Schavan offenbar immer noch fehlt“, so Rastätter abschließend.

Pressemitteilung der Landtagsfraktion vom 06.07.2005

MdL Renate Rastätter (Grüne):

Rechnungshof bestätigt Kritik an der Benachteiligung des badischen Landesteils durch das Windhundverfahren beim Ausbau von Ganztags-schulen

Ministerpräsident Oettinger und Kultusministerin Schavan müssen endlich Landesmittel für die benachteiligten Kommunen und Schulen zur Verfügung stellen

Der Landesrechnungshof, oberster Wächter über die wirtschaftliche Verwendung der Landesgelder, hat in seiner gerade veröffentlichten Denkschrift 2005 scharfe Kritik am Windhundverfahren und der daraus resultierenden der Benachteiligung des badischen Landesteils geübt. Bekanntlich ist die Stadt Karlsruhe von der ungerechten Vergabepraxis besonders hart getroffen worden. Alle 17 Anträge zum Ausbau von Ganztags-schulen im Jahr 2005 blieben unberücksichtigt.

Wörtlich führte der Rechnungshof aus:

„Eine im Landesinteresse effektive Verteilung der Bundesmittel wäre möglich gewesen, wenn das KM nach einer Analyse des konkreten Bedarfs bestimmte Verteilungsquoten für die einzelnen Regierungsbezirke festgelegt hätte. Zudem wäre bei begrenzten Mitteln ein Auswahlwettbewerb nach Bedarf und nach Qualität des jeweiligen Konzepts der Ganztags-schulen denkbar. Die Chance einer gezielten Steuerung der Mittelverteilung im Interesse des Landes hat das KM (Kultusministerium) nicht genutzt. Hierbei ist unbeachtlich, dass es sich nicht um Landesmittel, sondern um Bundesmittel handelt“.

„Mit dieser eindeutigen und klaren Kritik des Rechnungshofs ist die bisherige Argumentation der Kultusministerin, dass sich das gewählte Verfahren (Windhund) am Bedarf vor Ort orientiere und das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen berücksichtige, wie ein Kartenhaus zusammengefallen“, so die Karlsruher Abgeordnete.

„Leider ist diese Kritik eine späte Bestätigung meiner Bemühungen“, erklärt Frau Rastätter, die bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. „Als einzige Fraktion haben wir Grünen 2003 und 2004 im Landtag beantragt, sofort die Vergabe-

praxis zu ändern mit dem Ziel einer flächendeckenden gerechten und ausgewogenen Verteilung der Bundesmittel. Denn es war doch bereits beim Beginn des Programms zu erkennen, dass die Regierungsbezirke Tübingen und Stuttgart mit einer Flut von Anträgen in den Startlöchern standen. Aber die Kultusministerin und die Regierungsfractionen sind bis zum Schluss beherrschungs- und beratungsresistent geblieben.“

Jetzt nütze es aber nichts mehr, nur im Zorn über die verpassten Chancen zurück zu blicken. Frau Rastätter fordert angesichts der unmissverständlichen Kritik des Rechnungshofs, dass Ministerpräsident Oettinger unverzüglich die finanzielle Verantwortung für den Ausbau der Ganztags-schulen in den benachteiligten Kommunen übernehmen müsse. Zu diesen gehöre vor allem auch die Stadt Karlsruhe. Derzeitigen Überlegungen des Ministerpräsidenten, Mittel für den Ausbau von Ganztags-schulen durch eine Umschichtung aus dem kommunalen Finanzausgleichstopf zu nehmen (Kif-Mittel) erteilt die Karlsruher Abgeordnete eine klare Absage. Es wäre der Gipfel der Zumutung, wenn jetzt die Kommunen am Ende selbst die Folgen der verfehlten Vergabepraxis des Landes finanziell tragen müssten.

Wir brauchen jetzt nach dem Bundesprogramm zum Ausbau der Ganztags-schulen (IZBB) ein Sofortprogramm des Landes mit originären Landesmitteln. Dabei darf es keine Begrenzung des Zuschusses auf nur 50 % geben, wie dies derzeit im Gespräch ist. Auch dies wäre eine Benachteiligung der leer ausgegangenen Kommunen, denn bei den Bundesmitteln beträgt der Zuschuss 90 % der erforderlichen Mittel. Für ein solches Landes-Programm liegt ein Antrag der Grünen vor, der demnächst im Landtag zur Abstimmung steht.

Pressemitteilung von Renate Rastätter vom 11.07.2005

Renate Rastätter, MdL Grüne zum BNN-Bericht im Südwest-Echo in der Ausgabe 2./3. Juli 2005

„Ich habe Frau Staab nicht als neue Kultusministerin vorgeschlagen - mein Vorschlag lautet: Wir brauchen eine neue Bildungspolitik in unserem Land“

Nachdem ich inzwischen von vielen Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern auf meinen angeblichen Vorschlag angesprochen wurde, sehe ich mich zu einer Klarstellung veranlasst:

Über diesen angeblichen Vorschlag von mir im Artikel:

„Comeback von Palmer auf einem Ministersessel“ vom 2. Juli war ich selbst am meisten überrascht. Ich habe die Vorsitzende des Landeselternbeirates Frau Staab nicht als Nachfolgerin von Frau Schavan vorgeschlagen. Wenn ich als Bildungspolitikerin etwas vorschlage, dann eine bessere und sozial gerechtere Bildungspolitik und keinesfalls künftige CDU- MinisterInnen, von denen ich annehmen muss, dass sie die bisherige verfehlte Schulpolitik der CDU im Kern fortsetzen würden.

Dieser angebliche Vorschlag könnte dadurch zustande gekommen sein, dass ich am Rande des grünen Landesparteitags von Journalisten auf die Frage der/des künftigen Kultusministerin/Kultusministers angesprochen wurde. Auf die Frage der Schavan-Nachfolge sind einige Namen gefallen, die den Kriterien von Ministerpräsident Oettinger (weiblich, aus Baden-Württemberg) entsprechen könnten. Darunter war auch der Name Christiane Staab. Daraus nun aber einen Personal-Vorschlag meinerseits zu konstruieren, ist an den Haaren herbeigezogen.

Im Übrigen finde ich es erschreckend, wie dünn die Personaldecke der CDU im Bildungsbereich ist – immerhin ist die Bildungspolitik die originäre Kernkompetenz des Landes.



Das Bild mit Ministerpräsident Oettinger wurde im **Mai 2005** aufgenommen und ist keine Montage!

GRÜNE KONTAKTE - GRÜNE KONTAKTE

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Lenzstraße 10, 76137 KA
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

GRÜNE REGIONALVERBANDSFRAKTION MITTLERER OBERRHEIN:

Klaus Stapf (Sprecher) · Tel. 40 32 35

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und **Gabi Schiller**
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr
gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Dr. Gisela Splett (Fraktionssprecherin)
Stadtentw., Verwaltung u. Finanzen, Natur- u. Tierschutz
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe Tel. 96 87 18 6

Klaus Stapf (stellvertretender Fraktionssprecher)
Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe
Tel.: dienstl. 40 94 -296 · privat 40 32 35

Dr. Hildegund Brandenburg (Bauen, Kultur)
Badenerstr. 21 · 76227 Karlsruhe Tel. 42 89 8

Bettina Lisbach (Gesundheit,
Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr)
Amthausstr. 33 · 76227 Karlsruhe Tel. 94 18 45 7

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales,
Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt
(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)
Friedrichstr. 67 · 76229 Karlsruhe Tel. 482038

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)
Lebrechtstr. 28 · 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)
Vorholzstr. 56 · 76137 Karlsruhe Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Dr. Hildegund Brandenburg
Badenerstr. 21 · 76227 Karlsruhe · Tel. 42 89 8

Winnie Kratzmeier-Fürst
Badenerstr. 43B · 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster
Säckinger Str. 10 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 49 89

Dr. Heike Puzicha-Martz
Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner
Lörracherstr. 4 · 76227 Karlsruhe, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger
Durlacher Str. 62 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger
Im Jäger 19 · 76229 Karlsruhe Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl
Im Brühl 7 · 76229 Karlsruhe · Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker
Fichtenweg 1 · 76149 Karlsruhe · Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:

GRÜNE Sophienstraße 58 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Dr. Ute Leidig
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Büro

Christian Brugger (Jugend, Soziales, Tierschutz, Wirtschaft), Nancystr. 4 · 76187 Ka, Tel. 0178-5562861

Michael Borner (Kinder, Jugend, Gesundheit)
Brauerstr. 45 · 76137 Karlsruhe · Tel. 12 05 291

Johannes Honné (Kassierer) (Umwelt, Verkehr)
Vorholzstr. 52 · 76137 Karlsruhe · Tel. 85 6436

Ulrike Maier (Frauen, Bildung, Arbeit, Wirtschaft)
Scheffelstr. 60 · 76135 Karlsruhe · Tel. 0170 - 27 64 68 0

AK FRAUEN:

Dorothea Polle-Holl · Tel. 57 41 48

AK Lesben und Schwule:

Treffen jeden 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr im Grünen Büro
Kontakt: **Michael Gast**, Tel. 937 40 43

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Ladivia Röhl, Staudingerstr. 23, 76185 Ka, Tel: 5 31 01 06

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 Ka, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Tanja Saini Reichenbachstr.12 ,76227 Ka

Wolfgang Semmler Bienleinstorstr. 37, 76227, Tel. 40 6252

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 43 23

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker Fichtenweg 1, 76149 Ka, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Oststadt · Rintheim · Hagsfeld · Waldstadt

Sibylle Nies de Alva · Tel. 68 58 64

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel: 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerweg 31, 76199 Ka,
Tel: 83 02 28 1

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 Karlsruhe, Tel: 88 43 01